

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.
des „Mittl. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Nr. 210.

Nr. 171.

56. Jahrgang.

Freitag, den 3. Dezember

1909.

Meine Tadel.

Was im bürgerlichen Kreise befürchtet wurde, ist geschehen: die Sozialdemokratie hat den Reichstagswahlkreis Halle zurückerobert, den sie früher elf Jahre lang im Besitz hatte. Erst in den Tagen der nationalen Erhebung bei den Januarwahlen 1907 war es gelungen, den Sozialdemokraten zu verdrängen und das nationale Banner im Wahlkreise aufzupflanzen. Jetzt ist es wieder niedergeholt worden, und über Halle weht von neuem die rote Fahne.

Wie bei den Januarwahlen, so scheint auch jetzt die „Partei der Nichtwähler“ die Entscheidung gebracht zu haben. Das ist jene Gruppe, die politisch sich wenig interessiert zeigt und die nur durch starke Anregungen auf die Beine gebracht werden kann. Solche Anregung war in dem großen Kampfe um die Kolonien gegeben, der in weiterer Perspektive einen Kampf um die nationale Zukunft bedeutet hat. Da gingen zwar die „Genossen“ keine Stimmen verloren, wohl aber gewann der gemeinsame Kandidat des Bürgertums etwa 6000 Stimmen, die bei früheren Wahlen sich überhaupt nicht bemerkbar gemacht hatten. Diese Partei der Nichtwähler hat sich jetzt, wo die zündende Parole fehlte, wo die neuen Steuern ihre verärzende Wirkung übten, wie es scheint, nicht im Schatten gehalten, sondern sie ist kaltblütig in das sozialdemokratische Lager hinübergewechselt. War bei den Januarwahlen das Verhältnis zwischen den sozialdemokratischen und den bürgerlichen Stimmen 21- zu 25 000, so ist es jetzt umgekehrt: „Genosse“ Kunert erhielt 25- und der bürgerliche Kompromißkandidat Reimann nur 21 000 Stimmen.

Die Zahlen bei der Wahl in Halle reden eine berechtigte Sprache, es ist durch sie ein Warnungszeichen aufgerichtet, dessen eindringliche Sprache auch dadurch nicht abgeschwächt werden kann, daß es in Vandsberg-Soldau mit Mühe und Not gelungen ist, einen seit alter Zeit im bürgerlichen Besitz befindlichen Wahlkreis zu retten. Auch die Halle'sche Wahl bestätigt, was bereits die vier vorausgegangenen Reichstagsersatzwahlen und die jüngstigen und die badischen Landtagswahlen bezeugt haben: das starke Wachsen der sozialdemokratischen Stimmen als Wirkung der neuen Reichsteuern und zwar auf Kosten aller bürgerlichen Parteien. Die Verärgerung wegen der Steuererhöhung allein hätte jedoch diesen Effekt nicht gebracht, sondern die sozialdemokratische Hege, wie der revolutionäre Radikalismus die notwendige Steuervermehrung auszuheuten wußte, ist es, welche die sozialdemokratische Hochflut herbeigeführt hat. Der „Vorwärts“ jagt zu dem Steige seiner Partei: „Die Sozialdemokratie führte den Kampf gegen den geeinten bürgerlichen Block mit aller prinzipiellen Schärfe unter kräftiger Betonung des sozialistischen Endziels“. Der Anwendung der revolutionären Methode, der Verbitterung und Verheerung der Wähler bis zum äußersten, schreibt die Sozialdemokratie ihren Erfolg zu.

Der sozialdemokratische Wahlsieg in Halle ist ein schlimmes Vorzeichen für die Zukunft, für die nächsten Reichstagswahlen, die der Sozialdemokratie vermutlich noch mehr Erfolge dieser Art bringen werden, wenn das Bürgertum sich nicht in ganz anderer Weise seiner Pflicht bewußt wird. Ungeachtet des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien, der gleich zu Beginn des Wahlkampfes zustande kam, konnte die Sozialdemokratie diesen glänzenden Sieg erringen, weil die von ihr geschürte Verbitterung der Volksmassen stärker wirkte, als die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, jeden weiteren Machtzuwachs der roten Partei zu verhindern. So ist die Wahl in Halle ein Menetekel für die künftigen Reichstagswahlen und jetzt namentlich im Hinblick auf den Wahlkreis Eisenach, in dem nunmehr doch, nachdem Herr Schrad endgültig die Niederlegung seines Mandats angezeigt hat, ein grämlicher Kampf entbrennen wird. Möchten alle bürgerlichen Parteien aus der Wahl in Halle lernen!

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Ausgang der Präsidentenwahl im Reichstage brachte eine Ueberraschung. Die Wiederwahl des konservativen Abgeordneten Grafen Stolberg zum Präsidenten sowie die Wahl des Zentrums-Abgeordneten Spahn zum ersten Vizepräsidenten waren vorausgesehen worden. Nach den Ver-

lautbarungen der nationalliberalen Blätter war nun die Annahme weit verbreitet, daß der Abgeordnete Paasche die Stelle des zweiten Vizepräsidenten übernehmen würde. Der Reichstag dachte auch so; denn von den für die Wahl des zweiten Vizepräsidenten abgegebenen 351 Stimmzetteln lauteten 221 auf Herrn Paasche, der Rest war unbeschrieben. Herr Paasche aber erklärte, „im Einverständnis mit seinen politischen Freunden“ die ihn ehrende Wiederwahl ablehnen zu müssen. So lange der deutsche Reichstag existiert, hat noch kein Abgeordneter die auf ihn gefallene Wahl ins Präsidium abgelehnt. Ein ähnlicher Fall ereignete sich nur ein einziges Mal vor 30 Jahren; damals lehnte der betreffende Abgeordnete die Wahl ins Präsidium jedoch erst einige Zeit nach der Wahl auf Grund eingehender Erwägungen ab. Die Erklärung des Abgeordneten Paasche bedeutet, daß die Nationalliberale Reichstagsfraktion den Kampf um die Finanzreform auch heute noch nicht vergessen hat, vielmehr das Tischgespräch zwischen sich einerseits u. Konservativen u. Zentrum andererseits auch heute noch als zersplittert betrachtet. Auch die Freikonservativen wollen keinen der übrigen für den Posten des zweiten Vizepräsidenten stellen. Da aber auch weder zwei konservative noch zwei Zentrums-Abgeordnete im Präsidium sitzen wollen, so wird wahrscheinlich ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung zum 2. Vizepräsidenten gewählt werden. Der Abgeordnete von Damm soll dazu aussersehen worden sein.

In dem Gesetz, mit dem der neue Etat für 1910 dem Reichstage vorgelegt ist, wird der Reichskanzler ermächtigt, bis zum Betrage von 450 Millionen Mark Scharanweisungen auszugeben. Da im Etat für 1909 diese Summe 600 Millionen Mark ausmachte, so ist auch in diesem Punkte eine beträchtliche Besserung des Reichsbudgets festzustellen.

Handelsvertrag mit Bolivien. Auf dem Gebiete der Handelspolitik wird der Reichstag in seiner neuen Session sich auch mit einem Handelsvertrage zu beschäftigen haben, den Deutschland mit dem südamerikanischen Freistaat Bolivien abzuschließen beabsichtigt. Die Verhandlungen über dieses Vertragsinstrument sind zwischen den beiderseitigen Regierungen zu Ende geführt worden. Der Vertrag unterliegt zurzeit der Prüfung des Bundesrats. Einen eigenartigen Charakter erhält dieser Vertrag dadurch, daß auch Frauen der Staatsangehörigkeit und Wehrpflicht in ihm zu ordnen sind. In Bolivien gelten nämlich alle dort drüben Geborenen als Bolivianer und haben als solche auch der Wehrpflicht zu genügen. Auf Vorschlag der deutschen Regierung soll in Aussicht genommen werden sein, die deutsch-bolivianische Staatsangehörigkeit in der Weise zu regeln, daß die Deutschen drüben und die Bolivianer in Deutschland nach Vollendung ihres 21. Lebensjahres sich entscheiden müssen, welchem Staate sie zugehört werden wollen. Diese Entscheidung wird auch für die Ableistung der Wehrpflicht haben wie drüben maßgebend sein.

Die Stadt- und Landgemeindefschulden im Deutschen Reiche belaufen sich auf 17 1/2 Milliarden Mark. — eine Folge der sozialdemokratisch gewordenen Finanzwirtschaft. Das Reich selbst mit seinen vier Milliarden Schulden, die schon drückend genug sind, bleibt da hinter den Städten und Landgemeinden noch weit zurück.

Vom Getreidemarkt. Deutschland hat seit Anfang August etwa 923 000 Tonnen Getreide vom Auslande bezogen. Das meiste ging nach dem Westen, während Nord- und Mitteldeutschland verhältnismäßig wenig davon abgenommen hat; der industriereiche Westen ist bekanntlich immer auf fremde Zufuhr angewiesen. Andererseits hat Deutschland seit August 143 000 Tonnen Weizen an das Ausland abgegeben.

Mittelstand und Hansabund. Im deutschen Mittelstand, in dem die Einigkeit leider noch nie Heimatrecht erwerben konnte, ist ein ausgesprochenes Gegenseitig der Meinungen gegenüber dem Hansabund zu verzeichnen. Eine in Berlin zusammengetretene Generalversammlung der Deutschen Mittelstandsvereinerung bezeichneter einstimmig ein Zusammengehen der Deutschen Mittelstandsvereinerung mit dem Hansabund als im wohlverstandenen Interesse des Mittelstandes liegend. Damit wurde ein offener Gegensatz proklamiert zu der unlängst in Leipzig gefaßten Resolution der „Delegiertenversammlung des Deutschen Mittelstandes“, die allen Mittelständlern von einer Teilnahme am Hansabund abriet.

Der Rieker Werft-Prozeß. Die Staatsanwaltschaft beantragte das Schuldig gegen alle An-

geklagte mit Ausnahme des Siegfried Jacobsohn. Die Rede des ersten Staatsanwalts Greffrath war in mancher Beziehung interessant. Er griff die Angeklagten nicht in der berühmt gewordenen „schneidigen“ Weise an, verstand sich vielmehr dazu, ihnen hier und da Schmeicheleien zu sagen. Frankenthal erklärte er unter anderem, habe sich ganz famos verteidigt, man werde von ihm ein Plädoyer zu hören bekommen, das dasjenige seines Verteidigers wohl in den Schatten stellen werde. Frankenthal sei ein höchst begabter Mensch gewesen, der auch allen, denen es einmal schlecht ging, hilfreich beisprang, aber keine geschäftlichen Beziehungen zur Werftverwaltung seien nicht einwandfrei gewesen. Besonders hob der Staatsanwalt hervor, daß durch Frankenthal's zweifellos übertriebene Anklagen nicht ein einziger höherer Beamter der Werftverwaltung kompromittiert worden sei. Der Angeklagte Ehrnelt habe seine Verfehlungen selbst eingestanden. Gegen Ratz Heinrich hätte die Staatsanwaltschaft gerne die Freisprechung beantragt, aber es ging nicht, ohne Wissen des Angeklagten Heinrich waren diese Dinge auf der Werft nicht möglich. Für den Angeklagten Jacobsohn gelte ungefähr dasselbe, was für Frankenthal gesagt wurde. Schuldig zu sprechen seien gleichfalls die Angeklagten Brakel, Rieker und Jarsbutter. Nur gegen Siegfried Jacobsohn müsse die Freisprechung beantragt werden.

Frankreich.

Ueber die deutsch-französischen Beziehungen äußerte sich im Anschluß an die Thronrede unser Pariser Botschafter Fürst Radolin zu einem Vertreter des „Zeit Parisien“ in sehr befriedigender Weise. Er sagte: Für mich bedeutet es eine besondere Befriedigung, zu konstatieren, daß das deutsch-französische Marokko-Abkommen vom Februar ein wichtiger Schritt zwischen den beiderseitigen Interessen in Marokko war. Wenngleich der Eifer einiger französischer Kolonialpolitiker in Deutschland gewisse Bedenken erregt, so werden diese doch in den deutschen Regierungskreisen nicht geteilt, denn man schätzt dort zu sehr die maßvolle und logische Politik des französischen Ministers des Auswärtigen Pichon, die keinen Zweifel daran aufkommen läßt, daß unsere Interessen in Marokko gewahrt werden.

Die Aufnahme der deutschen Thronrede in der Pariser Presse ist eine wenig lebenswürdige. — Geständiger Verbrecher. Nach Meldungen aus Verdun hat der Unteroffizier Taraco, gegen den sich der Verdacht richtete, daß er eine ganze Schwadron durch Zynfall habe vergiften wollen, das Verbrechen eingestanden. Zwei Soldaten des 18. Infanterieregiments haben, wie die Blätter melden, trotz des starken Geruches von der vergifteten Suppe gegessen und sind lebensgefährlich erkrankt.

England.

Die Ablehnung der Steuervorlagen der Regierung ist mit einer über Erwarten großen Mehrheit erfolgt, das zeigt, daß die Lords ihre Sache keineswegs als verloren ansehen und weder an eine wesentliche Beschränkung ihrer parlamentarischen Befugnisse noch gar an eine gänzliche Beseitigung des Oberhauses glauben. Die Vertreter der Regierung und der liberalen Partei kündigten den Lords den Kampf bis aufs Messer an und sprachen sich recht zuversichtlich aus. Diese energische Haltung täuscht jedoch nicht darüber hinweg, daß man in diesen Kreisen ernste Bedenken ob des glücklichen Gelingens hegt. Es gibt bekanntlich kaum ein anderes Volk der Erde, das in seinen Neigungen so konservativ ist und so jäh am Aushergebrachten und Traditionellen festhält wie das englische. Darauf bauen die Lords. Kommt es im neuen Jahre zu der Volksabstimmung, so hoffen sie auf einen Sieg der Konservativen. Auch Jos Chamberlain und seine Schüler haben kräftig gearbeitet und die Werbetrommel für den Hochschutzzoll, wie neuerliche Wahlergebnisse bewiesen, nicht ohne Erfolg gerührt. Es fragt sich nun ob bei der Neuwahl im Januar die liberalen Freihändler oder aber die konservativen Schutzzöllner den Sieg davontragen werden.

Griechenland.

Die Untersuchung in der Angelegenheit der Meuterei des Typaldos und seiner Genossen ist beendet. Die Haupttäbelführer werden teils vor das Schwur- und teils vor das Zuchtpolizeigericht gestellt werden.

Amerika.

Die Weichensteller von dreizehn Linien der amerikanischen Northwestern Railroad sind in den Ausstand getreten. Infolge des Ausstandes sind viele Güterzüge ausgefallen, auch die Personenzüge verkehren unregelmäßig.